

## Ein junger Blick auf Europa – Kommentare zur Europawahl 2009

\*Die inhaltliche Verantwortung für die Beiträge zum „Jungen Blick auf Europa“ tragen die Autorinnen und Autoren. Die geäußerten Meinungen müssen nicht in jedem Fall der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung entsprechen.

### **Victoria Reith: Europäische Identität und Verfassung**



Victoria Reith (\*1986) studiert in Heidelberg Politische Wissenschaft, Soziologie und Philosophie. Ihr besonderes Forschungsinteresse gilt der Europäischen Integration; so hat sie im Jahr 2008 ein Semester an der Universität Lund in Schweden verbracht. Neben ihrem Studium ist sie als studentisches Mitglied in verschiedenen Hochschulgremien aktiv. Sie ist Stipendiatin der FES in der Grundförderung.

*Als Barack Obama im Frühjahr 2009 im Rahmen verschiedener Gipfeltreffen Europa besuchte, sprach er sich ausdrücklich für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aus. Reaktionen aus dem europäischen Inland waren verschiedenster Natur: In Deutschland zeigten sich insbesondere Unions-Politiker entrüstet über die Einmischung des US-Präsidenten in europäische Agenden, SPD-Politiker reagierten gelassen: die Fraktion der europäischen Sozialdemokraten (SPE) befürwortet den Beitritt sowieso.*

### **Neue Impulse für die Erweiterungsdebatte**

Ob die Forderung in seiner Rolle als US-Präsident angemessen war oder nicht, Barack Obama hat mit dem erneuten Anstoß der Erweiterungsdebatte die Frage provoziert, ob die europäische Wertegemeinschaft die Aufnahme eines islamisch geprägten Landes zulässt. Ist die europäische Identität für einen solchen Schritt bereits gefestigt genug oder existiert sie gar nicht?

Der mit der Schaffung von Nationalstaaten aufgekommene Patriotismus und das Machtstreben innerhalb des Kolonialismus sowie während beider Weltkriege führten zu einer Entwicklung, die den Staat als unantastbar und in jedem Falle verteidigungswürdig erscheinen ließ. Erst die Trümmer vergangener Kriege ließen die Möglichkeit europäischer Friedenssicherung und Vergemeinschaftung wieder wahrscheinlich werden und

brachten Nationen dazu, in langwierigen Einigungsschritten eine vorrangig wirtschaftliche Gemeinschaft zu schaffen.

### **Wie sieht es heute aus?**

Blicken wir zurück auf den NATO-Gipfel 2009. Während die europäischen Staaten ihr Verhältnis zu den USA konsolidieren, die mit einem neuen Präsidenten angereist sind, hört man doch keine einheitliche europäische Stimme. Bestes Beispiel dafür ist der Alleingang des italienischen Ministerpräsident Silvio Berlusconi, der dem symbolischen Gang über die Rheinbrücke zwischen Straßburg und Kehl fernblieb, um am Telefon den türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan von der Einsetzung des ehemaligen dänischen Premiers Rasmussen als neuen NATO-Generalsekretär zu überzeugen. TV-Bilder vermitteln also, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs nicht Hand in Hand gehen - erst recht nicht, wenn der Anlass des Treffens nicht explizit europäischer Natur ist.

### **Europäische Identität im Urlaub?**

Was uns Politiker vorleben, findet sich größtenteils in der Bevölkerung wieder. Fragt man in einer Schulklasse nach den Vorteilen der Europäischen Union, hört man vorrangig diese Antworten: Die Reisefreiheit und eine gemeinsame Währung erleichtern den Urlaub im europäischen Ausland. Einkäufe in den neuen Mitgliedsstaaten werden durch den weitgehenden Wegfall von Zollgrenzen vereinfacht. Eventuell wird das Argument genannt, im Ausland arbeiten zu können. Auf eine gemeinsame Identität kann man nicht gerade schließen, wenn die positivste Resonanz die Aussicht auf einen zweiwöchigen Urlaub ist, nach dem man das Land möglicherweise nie wieder bereist.

### **Vertiefung umstritten**

Dass die Vertiefung der europäischen Union nicht einheitlicher Wunsch der Völker Europas ist, hat man an der Ablehnung der damals noch sogenannten Europäischen Verfassung in Referenden in den Niederlanden und Frankreich gesehen. Der in vielerlei Hinsicht abgeschwächte „Vertrag von Lissabon“ geht den Integrationsbefürwortern – allen voran Deutschland – nun nicht mehr weit genug: Er enthält nicht mehr Europäische Hymne, Flagge und den Eurotag als Feiertag, zudem wurde die Verkleinerung der Kommission, ein Beitrag zum Bürokratieabbau, gestrichen. Von generell integrationskritischen Staaten wie Polen und dem Vereinigten Königreich wird der Vertrag jedoch als maximale Abgabe von Souveränität betrachtet. Und die Ablehnung des Verfassungsver-

trages in einem Referendum in Irland ist ein deutliches Zeichen an die europäische Integrationsbestrebung. Hier zeigt sich, dass der europäische Gedanke dort noch nicht präsent ist, denn die Nein-Stimme wurde vorrangig abgegeben, um die nationale Regierung abzustrafen.

### **Legitimationskrise**

Die Europäische Union kämpft nicht nur mit mangelnder Zustimmung und Ignoranz innerhalb der Bevölkerung, sondern auch mit einem nicht minder ernstzunehmenden Mangel an Legitimität ihrer Regierung. Trotz der supranationalen Organe EU-Parlament und EU-Kommission ist die Handlungsfähigkeit in den meisten Fällen an das „Ja“ von Staats- und Regierungschefs gebunden, zudem ist die Proportionalität des Parlaments eher sinngemäß und bevorzugt kleinere Staaten. Die einzige Möglichkeit, die der Europäischen Union bleibt, um ihre Legitimität zu erhöhen, sind effektive und in der Bevölkerung weitreichend akzeptierte politische Programme (Stichwort „Outputlegitimität“). Eine Verbesserung der institutionellen Prozesse (Inputlegitimität) ist vorerst unwahrscheinlich.

### **Identifikationsfigur gesucht**

Das Problem ist paradox: Europäische Identität kann nicht gestärkt werden, weil es keine weitreichenden Verträge gibt, die Identität stiften können. Verschiedene Anläufe, Verfassungs- und Reformverträge zu unterzeichnen, scheitern wiederum, weil noch keine gemeinsame Identität vorhanden ist. Die Lösung für dieses Problem wäre die Schaffung einer Identifikationsfigur der EU: Charismatische Politiker müssen die Bevölkerung für die Europäische Idee gewinnen und als „europäische Obamas“ Überzeugungsarbeit leisten und ansprechbar sein. Woher die Europäische Union inmitten der Sarkozys, Merkels und Berlusconi's solche, möglichst multilingualen Sympathieträger nehmen soll, bleibt dahingestellt.